

Die Menschen in der gesamten Region leiden

Nahost: „Wir haben Solidarität vermisst“ und „Militärische Spannungen“, FR-Region vom 7.10. und FR-Politik vom 8.10.

Freundschaft ist ein schützenswertes Gut

Um es vorweg zu sagen: Ich halte sowohl den Überfall der Hamas als auch den Raketenbeschuss des Iran für durch nichts zu rechtfertigen oder zu relativieren. Ich stehe zum Existenzrecht Israels. Was mich aber mittlerweile, auch im Interview mit Frau Eskandari-Grünberg und Herrn Graumann, sehr ärgert, ist, wie wenig Politiker fast aller Couleur, die meinen, sich dazu äußern zu müssen, in der Lage oder bereit sind, die Rolle und die Verantwortung der Netanjahu- und früherer Regierungen Israels in diesem schon lange währenden Konflikt mitzudenken und zu benennen. Als gäbe es z.B. keine Annexion palästinensischer Gebiete mit allen bekannten verheerenden Folgen für die durch israelische Siedler vertriebene Bevölkerung.

Ich frage mich immer: Mit welchen Begriffen könnte ich diese Siedler beschreiben? Ich habe von meinen Eltern gelernt, dass Freundschaft ein hohes, schützenswertes Gut ist. Ich habe aber auch gelernt, dass Freundschaft nur funktioniert, wenn beide Parteien in der Lage sind, die andere Seite kritisch zu

begleiten, deren Meinung zu akzeptieren und trotzdem offen anzusprechen, wenn ich deren Meinung oder Handlung für falsch halte. Also keine unhinterfragte Gefolgschaft. Das vermisste ich zunehmend, nicht nur im Nahost-Konflikt, in der politischen Auseinandersetzung. Ist das überhaupt noch eine? Das halte ich für einen unter vielen Gründen für die immer wieder beklagte Politikverdrossenheit. Meine Freunde waren und sind weder diese israelischen Regierungen noch die iranische oder Hamas und Hisbollah. Aber durchaus die unter dem Konflikt leidenden Menschen in der ganzen Region. Peter Düring, Frankfurt

Nächtlicher Alarm durch Katzenpfoten

Als Student hatte ich 1971 die Gelegenheit, bei einer Studienreise Israel intensiv kennenzulernen. Dazu gehörte zwei Wochen Arbeit in einem Kibbuz. Trotz der Probleme lernten wir Land und Menschen zu schätzen, auch wenn schon damals zu bemerken war, dass Palästinenser Bürger zweiter Klasse waren.

Heute bewundern wir die israelischen Geheimdienste für ih-

re logistischen und technischen Fähigkeiten, auch wenn ihre Anwendung z.T. ethisch zu verurteilen ist. Angesichts des Jahrestags des schrecklichen Überfalls der Hamas kommen bei mir Zweifel auf: Israels Grenze zu Gaza ist die bestbewachte der Welt. Unterirdische Mauern mit Sensoren, die neue Tunnelbauten aufspüren können, ein sechs Meter hoher Zaun mit Radar und Kameras, Drohnen überwachen den Luftraum – besser geht es nicht. Soldaten berichten, dass selbst eine sich nähernde Katze bei ihnen nächtlichen Alarm auslöst.

Laut New York Times lag den Geheimdiensten schon mehr als ein Jahr vor dem Überfall ein 40-seitiges Dokument namens „Jericho Mauer“ vor. Darin wurde ein Angriffsplan beschrieben, der bis im Detail dem Überfall ähnelte. Soldaten am Grenzwall hatten vor bedrohlichen Bewegungen gewarnt. Trotzdem standen am Tag des Überfalls an dem 65 km langen Grenzwall nur zwölf Panzer und 600 Soldaten. Erst Stunden nach dem Massaker konnte die Armee eingreifen. Das wirft Fragen auf, etwa: Wer profitierte neben der Hamas von den Versäumnissen? Wolfgang Jeensch, Büdingen

Affront gegenüber arbeitenden Menschen

Zu: „Prämie für zwölf Monate Arbeit“ und „Instinktlöse Prämie“, FR-Wirtschaft und -Meinung vom 4. Oktober

Haben die „Erfinder“ dieser Prämie für Langzeitarbeitslose, die 1000 Euro erhalten sollen, wenn sie arbeiten, die Einschlüge bemerkt? Was für ein Affront gegenüber denen, die jeden Morgen aufstehen und zur Arbeit gehen! Eine Arbeit, die teilweise so miserabel bezahlt ist, dass einige einen Zweitjob benötigen oder aufstocken müssen.

Ja, Langzeitarbeitslosigkeit muss bekämpft werden, z.B. durch Qualifizierungsmaßnahmen oder sukzessives Heranfüh-

ren an den Arbeitsmarkt bei Unterstützung auch der Arbeitgeber. Auch ältere Menschen (ich rede nicht von Rentnern!) dürfen noch eine Ausbildung anfangen. Ich habe mit Anfang 40 umgeschult und dann im neu erlernten Beruf bis zur Rente gearbeitet. Gerade Rentner mit sehr niedrigen Renten, die knapp über der Grundsicherung liegen, könnten als Dank an die Lebensleistung eine Prämie gut gebrauchen. Die Rentner, die sowieso von der Politik veräppelt

wurden. Beamte, Minister, Beschäftigte des öffentlichen Dienstes und zahlreiche Arbeitnehmer der privaten Wirtschaft erhielten bis zu 3000 Euro Inflationsausgleich. Rentner: Niente!

Arbeit sollte selbstverständlich sein, da sie hohen sozialen (und hoffentlich auch ökonomischen) Wert hat. Man trifft auf Kolleginnen und Kollegen, das Ansehen im privaten Umfeld steigt und man trägt etwas zum gesellschaftlichen Leben bei. Reinhard Matthies, Pinneberg

Werbung anstelle von neutraler Information

Werbung für die Bundeswehr? „Mehr Offiziere in Hessens Schulen“, FR-Region vom 30. September

Es gibt im neuen Schuljahr einen verschärften Angriff auf hessische Schulen durch Jugendoffiziere der Bundeswehr vom Landeskommmando Hessen. Das klingt gefährlich und ist es auch. Das Hessische Kultusministerium schreibt zur Erneuerung der Vereinbarung mit der Bundeswehr, dass diese „politische Bildung“ in eine Offensive zur Wertevermittlung auch für Schülerinnen und Schüler, die in Intensivklassen Deutschunterricht erhalten, eingebettet ist. Kultusminister Armin Schwarz steht sprachlich bereits mit einem Bein auf dem Schlachtfeld.

Bevor Schülerinnen und Schüler offen aus der Schule heraus rekrutiert werden, muss wohl zunächst der Boden dafür unter dem Deckmäntelchen der „politischen Bildung“ bereitet

werden. Jugendoffiziere sind nah an der Praxis und machen an anderer Stelle Werbung für Dienst in der Bundeswehr. Sie „informieren“ mit ihrem „Expertenwissen“ zur Sicherheitspolitik. Im Klartext heißt das nichts anderes, als Schülerinnen und Schüler auf Linie zu bringen, denn Jugendoffiziere sind keine neutralen Experten, sondern vertreten den Standpunkt der Regierung. Schülerinnen und Schüler sollen kriegstüchtig werden, wie wir alle. Der Werbeblock fehlt nicht, es gibt Collegeblöcke mit Bundeswehr-Logo, Einladungen zu Seminaren, Tagesfahrten mit „Rundum-Sorglos-Paket“ für Lehrkräfte, Plakate mit Werbung „Mach was wirklich zählt“ uvm.

Die Eltern können für den Fall, dass Soldaten in eine Klasse kommen und die Eltern dies

nicht wünschen, Ersatzunterricht beantragen. Voraussetzung ist, dass die Eltern durch die Schule rechtzeitig über den Bundeswehreinsatz informiert werden. Schülerinnen, Schüler, Eltern und Lehrkräfte können sich aber auch jenen Schulen anschließen, die sich gegen die Bundeswehr in Schule und Unterricht ausgesprochen haben. Hoffentlich machen viele Verantwortliche Gebrauch davon.

Als ehemalige Lehrerin, Mutter und vierfache Großmutter kann ich nur hoffen, dass die Schulen Nein sagen. Kinder und Jugendliche haben ein Recht auf Zukunft ohne Krieg und auf ein Leben in Frieden. Kein Werben fürs Sterben! Gabriele Colell, Bad Kreuznach

Diskussion: frblog.de/frieden-2



BRONSKI IST IHR MANN IN DER FR-REDAKTION

Schreiben Sie an:

Bronski
Frankfurter Rundschau
60266 Frankfurt am Main

Mailen Sie an:

Bronski@fr.de oder
Forum@fr.de

Bitte geben Sie dabei immer Ihre vollständige Adresse an!

Mit der Einsendung erklären Sie sich einverstanden, dass Ihre Zuschrift auch online unter www.frblog.de veröffentlicht werden kann.

Diskutieren Sie mit!

Die Redaktion behält sich vor, Zuschriften zur Veröffentlichung zu kürzen.

ZUSCHRIFTEN ONLINE

Alle Stimmen dieses Forums wurden online im FR-Blog veröffentlicht, der Fortsetzung des Print-Forums im Internet. Lesen Sie: frblog.de/f20241008

FR ERLEBEN

Hannings Voigts moderiert die Podiumsdiskussion „Am autoritären Kipppunkt?“ Zum Rechtsruck in Deutschland. Mit Michaela Köttig, Daniel Mullis und Anne Rabe. Im Rahmen der Konferenz „Extreme Rechte in Hessen“.

Freitag, 11. Oktober, 20 Uhr
Studierendenhaus am Campus Bockenheim der Goethe-Uni Mertonstr. 26, Frankfurt

Claus-Jürgen Göpfert spricht mit dem isländischen Verleger, Schriftsteller und Kulturmanager Halldór Gudmundsson über sein Buch zur Literaturgeschichte Islands: „Im Schatten des Vulkans“. Um Anmeldung wird gebeten.

Donnerstag, 17. Oktober, 19 Uhr
DenkBar, Spohrstraße 46 a, Frankfurt

Claus-Jürgen Göpfert spricht mit der Autorin Regina Scheer über ihr Buch „Bittere Brunnen“, die Biografie der Sozialistin Hertha Gordon-Walcher.

Freitag, 18. Oktober, 19 Uhr
Club Voltaire, Kleine Hochstraße 5 Frankfurt

Karin Dalka spricht mit der Neurowissenschaftlerin und FR-Kolumnistin Maren Urner über deren neuen Bestseller „Radikal emotional – Wie Gefühle Politik machen“.

Samstag, 19. Oktober, 20 Uhr
Historisches Museum, Saalhof 1. Frankfurt

Geben und nehmen

Pflegeversicherung: „Kurz vor der Pleite“, FR-Wirtschaft vom 7. Oktober

Eine Möglichkeit fehlt aus meiner Sicht in dem Artikel um die Lösung der Finanzprobleme in der Pflege- und Krankenkasse: Warum denkt man nicht darüber nach, die Beitragsbemessungsgrenze für Kranken- und Pflegeversicherung anzuheben? Sie liegt für 2024 bei 5175 Euro pro Monat oder 62100 Euro pro Jahr. Das bedeutet: Für beitragspflichtiges Einkommen, das über dieser Grenze liegt, müssen keine Beiträge für Kranken- und Pflegeversicherung abgeführt werden.

Für die Renten- und Arbeitslosenversicherung liegt die Beitragsbemessungsgrenze bei 7550 Euro pro Monat oder 90600 Euro in den alten Bundesländern und 7450 Euro pro Monat oder 89400 Euro in den neuen Bundesländern.

Wäre es nicht eine Überlegung wert, die Beitragsbemessungsgrenzen für die Kranken- und Pflegeversicherung z.B. auf 5500 Euro anzuheben, also im Verhältnis näher an die Beitragsbemessungsgrenze für Renten- und Arbeitslosenversicherung zu bringen?

Das hätte aus meiner Sicht folgenden Vorteil: Alle Einkommen bis zu den bisherigen Grenzen hätten keine Erhöhung, da der Beitragssatz gleich bleibt. Auch für Arbeitgeber bleiben für den Großteil der Mitarbeitenden die Beiträge gleich. Die Erhöhung wirkt sich bei den Mitarbeitenden aus, die über ein „höheres Einkommen“ verfügen und aus meiner Sicht diese Erhöhung leichter verkraften können.

Das ist mein altes Thema. Eine Gemeinschaft, eine Demokratie heißt nicht nur nehmen, sondern auch geben. In meinem Verständnis können diejenigen eher geben, die etwas mehr zur Verfügung haben, damit diejenigen, die zu wenig haben, in diesem Fall die Arbeitskräfte in den Pflegeheimen, etwas mehr bekommen. Nur zu klatschen und zu rufen, jawoll die müssen mehr verdienen und sich dann bei der Finanzierung dessen weg zu ducken ist komisch, oder? Michaela Kaiser, Schwalbach

Das beste Denkmal

Deutsche Einheit: „DDR hat sich selbst demokratisiert“, FR-Politik vom 4.10.

Markus Meckel fordert ein Denkmal zur Wiedervereinigung. Er beschreibt, wie die Einheit von Willy Brandt vorbereitet und maßgeblich von Kräften in der DDR betrieben worden ist. Helmut Kohl hat nur geholfen, dass sie nicht verhindert wurde.

Trotzdem feiern wir immer noch den „Kohl-Feiertag“ am 3. Oktober. Das beste Denkmal wäre, den Tag der deutschen Einheit am Tag des Mauerfalls am 9. November zu feiern. Michael Schnell, Krefeld